

Zypern ist Teil der EU

Gegenseitige Diffamierungen müssen ein Ende haben

von Manfred Nink

Der Bundestag hat am 18. April 2013 mit deutlicher Mehrheit Finanzhilfen für Zypern zugestimmt. Ich habe nach gründlichen Diskussionen in der SPD-Fraktion dem Finanzhilfepaket mein Ja gegeben.

Folgende Erklärung habe ich dazu im Bundestag abgegeben: Die Republik Zypern ist und bleibt Mitglied der Europäischen Union und der Eurozone. Daran darf kein Zweifel mehr bestehen. Das desaströse Krisenmanagement der Eurogruppe hat in den letzten Wochen auf allen Seiten viel Vertrauen gekostet: Vertrauen in die Solidarität zwischen den Euro-Staaten, Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der FinanzministerInnen, Vertrauen der Bevölkerungen in die Sicherheit selbst geringer Ersparnisse bei Banken in der Eurozone.

Viel zu lange wurde die zyprische Bevölkerung mit ihren teils existenziellen Ängsten im Unklaren gelassen. Die Bundesregierung und der Stil der öffentlichen Debatte in Deutschland haben nicht nur zu dieser Verunsicherung, sondern auch zu Wut und Ablehnung beigetragen. Teils ist die Reaktion mancherorts in Zypern zu Unrecht



Die EU darf Zypern nicht im Regen stehen lassen

Foto: Maren Beßler / pixelio.de

entstanden, weil die Wirtschaftskrise dort weitgehend auf eigene Fehler zurückzuführen ist und die vorherige zyprische Regierung die Verhandlungen über Monate verschleppt hat. Doch war und ist die Reaktion auch eine Antwort auf die innenpolitisch scharfgemachte Debatte in Deutschland: Es darf nicht zum akzeptierten Allgemeingut werden, populistisch und despektierlich übereinander zu reden, ein einseitiges, undifferenziertes Bild von der Insel zu erzeugen und die existenziellen Sorgen der Menschen nur unzureichend zu erwähnen. Deutliche Kritik an der Krisenpo-

litik der Bundesregierung ist daher angebracht. Vergleiche oder gar Gleichsetzungen der Kanzlerin mit der nationalsozialistischen Vergangenheit lehnen wir entschieden ab.

Gegenseitige Diffamierung darf nicht der Kommunikationsstil unter europäischen Partnern sein. Zypern und der europäische Zusammenhalt sind keine wahlkampfpolitischen Spielbälle. Wir müssen schleunigst zurückkehren zu mehr gegenseitigem Verständnis und Respekt. Auch die deutsche Politik muss sich dieser Verantwortung bewusst sein.

Fortsetzung auf Seite 2

2 | Die Bundespolitik

Fortsetzung von Seite 1 – Zypern ist Teil der EU:

Die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen des Maßnahmenpakets sind hart. Die EU muss der zyprischen Bevölkerung nun jedwede Unterstützung zukommen lassen, damit das Land schnellstmöglich wieder auf wirtschaftlich gesunde Beine kommt. Zypern muss sich auf die europäische Solidarität verlassen können. Investitionen in nachhaltiges Wachstum wie Solarenergie,

Tourismus und Landwirtschaft müssen unterstützt, die sozialen Auswirkungen der Krise abgefedert und bizonale sowie bikommunale Projekte gefördert werden. Dafür müssen unter anderem der Zugang zu Strukturfonds erleichtert sowie schnellstmöglich zusätzliche Mittel der Europäischen Investitionsbank zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit bereitgestellt werden.

Die vergangenen Wochen haben die Freundschaft zwischen Deutschland und Zypern auf eine harte Probe gestellt. Wir wollen nicht, dass diese wertvolle Beziehung irreparable Schäden davon trägt. Daher müssen alle Beteiligten aus ihren Fehlern lernen. Gerade jetzt ist es unser Anliegen, den deutsch-zyprischen Dialog nicht nur fortzusetzen, sondern bewusst zu stärken.

Wirtschafts- und Steuerkriminalität bekämpfen

Die Nachrichten sind in jüngster Zeit voll von Berichten über Briefkastenfirmen oder „Trusts“ in Steueroasen wie den Cook-Inseln mit dem Ziel Steuern zu vermeiden oder zu hinterziehen. Wirtschaftskriminalität, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung sind keine Einzelfälle oder Kavaliersdelikte, sondern im schlimmsten Fall global organisierte Aktivitäten bis hin zum offenen Rechtsbruch. Die SPD hat Vorschläge vorgelegt, wie diesen Umtrieben begegnet werden soll.

Steuerhinterziehung und Wirt-

men gebracht wird, die ihm für die Erfüllung seiner Aufgaben für die Allgemeinheit nicht zur Verfügung stehen. Ungerecht ist es, wenn der Staat bei ArbeitnehmerInnen z.B. über den automatischen Lohnsteuerabzug zugreift, während Reiche ihr Geld in Sicherheit bringen können und meinen, sie dürften sich aussuchen, wie viel ihres Einkommens und Vermögens sie besteuern lassen wollen.

Die SPD will konsequent dagegen vorgehen. Sie will anonyme Briefkastenfirmen und Stiftungen

verlieren, wenn sie aktive Beihilfe zum Steuerbetrug leisten.

Hinweisgeber (Whistleblower) in Unternehmen müssen besser geschützt werden. Die Korruptionsbekämpfung und die Geldwäscheprävention müssen verbessert werden. Um der Cyber-Kriminalität beizukommen, braucht es eine konsequente Strategie. Gleiches gilt für die Bekämpfung von Wirtschafts- und Industriespionage.



Wirtschaftskriminalität ist kein Kavaliersdelikt

Foto: Benjamin Thorn / pixelio.de

schaftskriminalität (z.B. Korruptionstatbestände) berühren auf der einen Seite Gerechtigkeitsfragen und sind auf der anderen Seite auch von gesamtwirtschaftlicher Bedeutung, da der Staat um große Sum-

verbieten, eine erneuerte Schwarze Liste der Steueroasen einführen, das deutsche Steuerrecht verschärfen, den Druck bei der Steuerfahndung erhöhen und härtere Strafen durchsetzen. Banken sollen ihre Lizenzen

Die Vorschläge der SPD im Detail:

Braunschweiger Erklärung für mehr Steuergerechtigkeit: www.spd.de/presse/Pressemitteilungen/85640/2013014_braunschweiger_erklaerung.html

8-Punkte-Plan gegen schweren Steuerbetrug und Steueroptimierung: www.spd.de/presse/Pressemitteilungen/94898/20130408_8-punkte-plan_peer_steinbrueck.html

Antrag: Wirtschaftskriminalität effektiv bekämpfen:

www.spdfraktion.de/themen/wirtschaftskriminalitaet-bekaempfen

Antrag: Aggressive Steuerplanung und Steuervermeidung internationaler Konzerne bekämpfen: www.dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/128/1712819.pdf

Lobbyismus für mehr Transparenz

Praktikant Florian Koch über die Notwendigkeit von mehr Transparenz bei Nebeneinkünften und Lobbying

Wie beeinflussbar sind Abgeordnete durch Dritte? Nicht zuletzt die Diskussion aus dem vergangenen Herbst über die Nebeneinkünfte von Bundestagsabgeordneten hat diese wichtige Debatte befördert. Politisch brachte sie eine interessante Entwicklung in Gang.

Als Reaktion gaben CDU/CSU und FDP endlich ihre Blockadehaltung beim Thema der Transparenz von Nebeneinkünften der Abgeordneten auf. Das Ergebnis: Das bis dahin in drei Verdienststufen gegliederte System der Offenlegungspflichten von Nebeneinkünften ist zu einem zehnstufigen herangewachsen. Jedoch sind auch diese Grenzen noch recht weit gestaffelt. Die SPD fordert deshalb eine konsequente Erweiterung auf 13 Stufen oder noch besser eine Pflicht zur Offenlegung der Nebenverdienste auf den Cent genau.

Die SPD steht mit dieser Forderung bei Schwarz-Gelb jedoch vor verschlossenen Türen. Leitfaden der Regierung scheint der Slogan „Ein bisschen Transparenz - aber bitte nicht zu viel“ zu sein. Ganz ähnlich verhält sich Schwarz-Gelb beim Thema Transparenz im Lobbyismus. Das Agieren von Lobbyisten wird von vielen Menschen kritisch gesehen, da mit ihm in der Vergangenheit allzu häufig eine kaum überschaubare Grauzone an manipulativen Geschäften sowie kuriosen Schenkungen und Rabatten verbunden war und ist.

Ein Bundestagsabgeordneter bekommt – aus meiner Erfahrung im Praktikum – im Monat schätzungsweise bis zu 300 Einladungen zu

verschiedensten Events und Fachgesprächen von Verbänden, Vereinen, Stiftungen und Firmen. Darf ein Abgeordneter an solchen Veranstaltungen teilnehmen? Ist es legitim, dass Vertreter des Volkes mit Ver-



Abiturient Florian Koch sortiert den Berg von Einladungen zu Kongressen, Tagungen, Fachgesprächen, Frühstücken, Mittag- und Abendessen

tretern bestimmter Interessen sprechen? Und ist Politik ohne Interessen denkbar? Wichtig ist meiner Meinung nach, dass ein Abgeordneter für Bürger, Verbände, Vereine oder auch Firmen gleichermaßen ansprechbar ist. Jede Meinung muss finanzunabhängig Gehör finden. Das ist eine Grundbedingung, damit eine pluralistische Demokratie funktionieren kann.

Aufgabe der Politik muss es also sein, dem Verdacht der Bestechlichkeit und Vorteilsnahme von Anfang

an durch klare Transparenzregeln und einem offenen Umgang mit dem Lobbyismus-Thema entgegenzuwirken. Abgeordnete sollten beantworten, wann sie mit wem über konkrete Gesetzgebungsvorhaben gesprochen haben. Das hilft auch, über das eigene politische Mandat zu reflektieren. Wer sagen muss, welche und wessen Interessen er vertritt, macht seine politische Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger verständlicher. Der bzw. die „gläserne Abgeordnete“ ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Daran beteiligen sich bislang aber zu wenige Abgeordnete. Deshalb bin ich der Meinung, dass es weitergehender Selbstverpflichtungen oder gesetzlicher Regelungen zur Transparenz bedarf.

Die SPD hat im Bundestag in der vergangenen Woche einen Gesetzentwurf zur Bekämpfung von Abgeordnetenbestechung eingebracht. Vorgesehen ist eine Strafe, wenn Abgeordnete einen Vorteil dafür annehmen, sich bei Wahrnehmung ihres Mandats in bestimmter Weise zu verhalten. Vorgesehen ist dann eine Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren oder eine Geldstrafe. Auch derjenige, der den Vorteil gewährt, soll bestraft werden. Weder eine politische Funktion noch zulässige Parteispenden sind davon betroffen.

Das Thema kommt also voran und im Bundestag sowie bei Events und Fachgesprächen im politischen Berlin wird derzeit viel darüber diskutiert. Der Lobbyismus für einen transparenteren Lobbyismus ist längst in der Bundeshauptstadt angekommen.

4 | Aus Partei und Fraktion

SPD-VertreterInnenversammlung in Ludwigshafen



SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück am 27. April 2013 in Ludwigshafen bei der VertreterInnenversammlung der rheinland-pfälzischen SPD zur Aufstellung der Landesliste für die Bundestagswahl 2013
Foto: Johannes Gorges

Die Landesliste zur Bundestagswahl

Liebe Freundinnen und Freunde!

Die SPD geht mit guten Kandidatinnen und Kandidaten in die Bundestagswahl. Am Samstag, dem 27. April 2013, haben wir in Ludwigshafen eine überzeugende Liste verabschiedet. Der Parteitag hat gezeigt, wir haben die Leute, die für ein gutes SPD-Ergebnis in Rheinland-Pfalz sorgen werden!

Roger Lewentz, Malu Dreyer und Peer Steinbrück haben in ihren Reden klar gemacht, dass wir nicht nur die besseren Leute, sondern vor allem auch die besseren und gerechteren Antworten auf die dringenden Fragen unserer Zeit haben als Schwarz-Gelb. Ich wünsche allen Kandidatinnen und Kandidaten einen erfolgreichen Wahlkampf.

Die komplette SPD-Landesliste Rheinland-Pfalz:

1. Andrea Nahles MdB, Ahrweiler
2. Gustav Herzog MdB, Kaiserslautern
3. Sabine Bätzing-Lichtentähler MdB, Neuwied
4. Michael Hartmann MdB, Mainz
5. Doris Barnett MdB, Ludwigshafen
6. Thomas Hitschler, Südpfalz
7. Dr. Katarina Barley, Trier
8. Detlev Pilger, Koblenz
9. Gabi Weber, Montabaur
10. Marcus Held, Worms
11. Angelika Glöckner, Pirmasens,
12. Fritz Rudolf Körper MdB, Kreuznach
13. Heike Mrosek-Handwerk, Neustadt-Speyer
14. Jens Jenssen, Bitburg
15. Anja Bindges, Mosel-Rhein-Hunsrück

Herzlichst, Euer

Einige Termine seit dem letzten Sprebrief

1. bis 14. April 2013

Treffen und Gespräche mit Besuchergruppen des Kreisfeuerwehrverbandes Trier-Saarburg, des Technischen Gymnasiums Wittlich und der Privatschule St. Maximin, Teilnahme an der Trauerfeier zum Tode Ottmar Schreiners

15. bis 21. April 2013

Sitzungswoche des Deutschen Bundestages, Sondersitzung des Europaausschusses zu Zypern, Teilnahme an der Jahreshauptversammlung der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft (DPG), Anhörung des Europaausschusses zum Europäischen Semester, Europa-Frühstück mit Gesine Schwan

22. bis 28. April 2013

Sitzungswoche des Deutschen Bundestages, Berichterstattergespräch mit einer Delegation aus Griechenland, Gespräch der SPD-Landesgruppe Rheinland-Pfalz mit dem DGB, Gespräch der Benelux-Parlamentariergruppe mit dem Botschafter Belgiens S.E. Renier Nijskens, Gespräch mit dem EU-Kommissar für interinstitutionelle Beziehungen Maros Sefcovic, Teilnahme an der Vertreterversammlung der SPD zur Aufstellung der rheinland-pfälzischen Landesliste für den Deutschen Bundestag in Ludwigshafen

Manfred Nink MdB

Büro Berlin:

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030/22773317
Fax: 030/22776317

E-Mail: manfred.nink@bundestag.de

Büro Trier:

Christophstraße 1
54290 Trier

Telefon: 0651/9759940
Fax: 0651/44748

E-Mail: manfred.nink@wk.bundestag.de

www.manfred-nink.de